

# Die Fraktionen der SVV zum Thema

## Windkraft im Wald

### SPD/LINKE/VUB

#### Windkraftnutzung ja, aber keine „Verspargelung“ der Landschaft!

Wir möchten den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien. Dennoch ist dies kein Freibrief dafür, dass Windenergieanlagen an jedem beliebigen Standort errichtet werden sollen. Wir sind für eine planerische Steuerung und für eine Abwägung aller schützenswerten Belange. Mögliche Pachteinahmen aus den Windkraftanlagen sollten jedenfalls kein Kriterium für Standortentscheidungen sein.

Allerdings ist der regionale Teilplan „Windenergienutzung“ der Regionalen Planungsgemeinschaft, der eine geordnete Steuerung von Windkraftanlagen zum Ziel hatte, durch das Verwaltungsgericht für ungültig erklärt worden. Damit können jetzt auch außerhalb der ursprünglich ausgewiesenen Eignungsgebiete Windkraftanlagen beantragt werden.

Ein sachlicher Teilflächennutzungsplan „Windenergie“ der Stadt Zossen ist jetzt das einzige Instrument, mit dem die Stadt eine planerische Steuerung von Windkraftanlagen erreichen kann. Hierzu hat unsere Fraktion einen Beschlussantrag

eingebraucht, der auch eine Mehrheit fand.

Den aktuell diskutierten Standort im Wald bei Kallinchen halten wir jedoch nicht für geeignet, um dort 30 Windkraftanlagen mit jeweils 185 Metern Höhe zu errichten. Schutzbelange der Einwohner sowie Landschafts- und Naturschutzbelange werden hier nicht ausreichend gewürdigt. Die Landesforstverwaltung hat zudem große Teile des Planungsgebietes als Erholungswald ausgewiesen.

Auch die Einwohnerinnen und Einwohner sollen nach unserer Auffassung bei der Entscheidung für oder gegen ein Windeignungsgebiet stärker einbezogen werden. Die Nutzung erneuerbarer Energie ist unbestritten wichtig. Bei Standortentscheidungen ist jedoch der Bürgerwille zu berücksichtigen, damit die Akzeptanz der erneuerbaren Energien nicht aufs Spiel gesetzt wird.

Auch hierfür steht Ihnen unser Fraktionsvorsitzender für Rückfragen zur Verfügung: Carsten Preuß; Tel.: (03377) 303439; E-Mail: carsten.preuss@t-online.de

### Windräder im Wald

Windräder gehören natürlich nicht in den Wald. Windräder gehören auch nicht in die Nähe von Wohngebieten und Windräder gehören nicht dahin, wo sie die rote Landesregierung hinhaben möchte, nämlich nach Kallinchen.

Man könnte denken, wir sind in der Blüte der DDR, wo der Staat, also die Partei bestimmt hat, was die Bürger zu ertragen haben und was nicht.

Was passiert in Kallinchen?

Die Landesregierung beschließt, welche Gebiete im Land Brandenburg für Windkraftanlagen, also erneuerbare Energie ausgewiesen werden.

Vorwiegend sind das Konversionsgebiete, wie auch bei uns von Wünsdorf bis Kallinchen. Die Gemeinde oder die Bürger des festgelegten Standortes werden nicht gefragt, ob sie damit leben wollen. Erst dann, wenn die Bürger sich mit Recht wehren, dann können Vertreter der Regierungsparteien, also Die LINKE und SPD-Genossen, den Bürgern vor Ort ihre Hilfe anbieten und den festgelegten Standort natürlich auch nicht gut finden.

So auch hier in Zossen der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Carsten Preuß, der den Betroffenen scheinbar Unterstützung anbietet. Anstatt seine Genossen in Pots-

dam zu kritisieren, die ja für den Standort verantwortlich sind, schiebt er den Schwarzen Peter der Stadtverwaltung zu, in dem er sagt, die Bürgermeisterin soll einen anderen Standort festlegen. Also, Frau Schreiber soll jetzt die Windräder vor den Toren von Nunsdorf, Nächst Neundorf, Neuhof oder Lindenbrück oder vielleicht Zesch am See aufstellen lassen. Eine prima Lösung für die Genossen. – Nun haben sie ja nicht mehr Schuld, wenn aufgebrauchte Bürger mit Recht vor dem Rathaus stehen, um gegen die Windkraftanlagen zu demonstrieren. – Herr Preuß ist ja nicht nur ein überzeugter Linker, nein er stellt sich auch als Mitglied im BUND als überzeugter Grüner dar, wenn er erklärt, dass er ja gegen die Windräder in Kallinchen ist.

Nur seinen Genossen in Potsdam wird er wohl was ganz anderes erklären:

- Windräder nach Zossen!

- Frau Schreiber sucht für uns den Standort, Genossen!

So eine Art Politik ist ein ganz schlechter Stil und veräppelt die Bürger. Nach Außen das Eine tun und hintenherum genau das Gegenteil. Aber nicht mit uns.

Andreas Noack  
Fraktionsvorsitzender Plan B

Plan B

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

FDP

#### Strom kommt aus der Steckdose....!

... , aber er wird dort aber nicht erzeugt. Für eine zukunftsfähige nachhaltige Energieerzeugung ist u.a. auch die Windkraft als ein Baustein notwendig.

Die weitere Nutzung der Energiedinosaurier Atomkraft und Kohle ist überholt und unverantwortbar. Jeder technischen Anlage wohnt ein unvermeidbares Restrisiko inne, bei einem Unfall in einem Atomkraftwerk könnten weite Teile des Landes für Jahrzehnte unbewohnbar werden. Die Endlagerung der strahlenden Abfälle ist bisher völlig ungelöst, selbst Castortransporte, wie voraussichtlich am 16./17.02 über Bahnstrecken durch unseren Landkreis als möglicher Transportstrecke, bergen erhebliche Restrisiken.

Die Braunkohleförderung zerstört die Heimat Hunderter Brandenburg, verändert großflächig die betroffenen Regionen und führt zu massiven Störungen im angespannten Wasserhaushalt.

Auch die Windenergienutzung ist mit vielfältigen Nebenwirkungen verbunden, die es zu minimieren gilt. Dabei sollte jedoch nicht das Sankt-Florian-Prinzip gelten, sondern möglichst objektive Maßstäbe. „Wildwuchs“ ist zu verhindern, durch ein nachvollziehbares und transparentes Verfahren sind die geeignetsten Standorte zu finden.

Sinnvoll ist sicher die Nutzung von Flächen, die ohnehin nicht für Wohnnutzung in Betracht kommen (z.B. Verkehrsstrassen, Industrie- und Bergbaugelände). Zu Wohnbebauung sollte generell ein Mindestabstand von 1.500 m eingehalten werden. Eine Nutzung von Windkraftanlagen im Wald sollte nicht vorrangig erfolgen und bedarf genauer Regeln, die Belange von Natur- und Landschaftsschutz sind zwingend zu berücksichtigen. Alle Menschen müssen ihren Beitrag zur Energieversorgung leisten, in Rahmen nachvollziehbarer und transparenter Regeln, denn alle wollen Strom aus der Steckdose.

### Windpark im Wald? Nein Danke!

Nein Danke, sagen wir von der CDU Fraktion in Zossen. Unsere Natur und unsere Menschen sollten uns wichtiger sein! Wir lehnen Windräder innerhalb der relativ engen Gemeindegrenzen ab. Erst kommt für uns der Mensch!

Die CDU steht zu alternativen Energien, jedoch immer unter Einbeziehung der Emissionsbelastungen der Menschen und der Natur. Bei dem von uns geforderten Mindestabstand von 3 km zwischen dem möglichen Standort von Windrädern zur nächsten Wohnbebauung verbietet sich die „Verspargelung“ der Natur innerhalb unserer Großgemeinde Zossen von ganz alleine.

Für das Waldgebiet in Wünsdorf wurde vom Landkreis mittlerweile

ein Antrag für ein Naturschutzgebiet mit großer Mehrheit verabschiedet. In der SVV Zossen hat die CDU außerdem eine Befragung aller Ortsbeiräte in den Gemeindeflecken zu diesem Thema befürwortet. Die Bürger müssen bei derartigen Maßnahmen, die auf mindestens 20 Jahre angelegt sind, frühzeitig über die Gemeinderäte eingebunden werden.

Sollten im Kreis Teltow-Fläming unbedingt Windräder errichtet werden müssen, so bieten sich hierfür die Freiflächen im „Alten Lager“ bei Jüterbog hervorragend dafür an. Abstände zur nächsten Wohnbebauung können an diesem Standort problemlos eingehalten werden.

CDU Fraktion Zossen

CDU